Die internationale Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **86 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DIE INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Deutschland: Zuwanderung und Integration

■■■ Zuwanderer in Deutschland dürften in den letzten Jahren den grösseren Betrag an Beiträgen und Steuern bezahlt als an Leistungen empfangen haben. Bei sich weiter verschlechternder Arbeitsmarktlage könne diese Bilanz allerdings negativ umschlagen.
So der Bochumer Professor Gert Wagner. Insbesondere das soziale Sicherungssystem habe aufgrund der Alterung der deutschen Bevölkerung langfristig enorm von der Zuwanderung profitiert. Probleme der Zuwanderung zeigten sich dagegen bei der Wohnversorgung, denn rund die Hälfte der mangelnden Wohnungen sei auf die Zuwanderung zurückzuführen. Nach wie vor sind Zuwanderer signifikant armutsgefährdeter. Die Gründe dazu: das niedrigere Qualifikationsniveau, daher erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko, höhere Kinderzahl.
Gefordert ist nach Wagner vor allem das Bildungssystem, das sich prioritär der Jugendlichen anzunehmen hat. Denn nach wie vor hinken die ausländischen Jugendlichen punkto Bildung den deutschen deutlich hintennach. Neben weiteren Massnahmen spricht sich Wagner vor allem für Ganztagesschulen aus, die auch die soziale Integration fördern könnten. Die Ganztagesschule könne die oft fehlende schulische Betreuung der ausländischen Kinder ausgleichen, die neben allfälliger Bildungsungewohnheit der Eltern meist davon herrühre, dass wegen niedrigen Einkommens beide Elternteile voll erwerbstätig seien und damit ihre Kinder schulisch zu wenig unterstützen könnten. ■■■
Quelle: Gert Wagner: Wie integrationsfähig ist das Bildungssystem? In Mitbestimmung 3,94.

ÖGB: JA zu Europa

■■■ Mit nur 4 Gegenstimmen verabschiedete der Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Ende April dieses Jahres die Resolution «Standort Österreich – Standort Europa». Darin empfiehlt der ÖGB für die im Juni stattfindende Abstimmung über den Beitritt Österreichs zur EU ein JA. ■■■
Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst 2743

EU: Richtlinie über Europäische Betriebsräte noch dieses Jahr?

■■■ Stockend komme sie voran, aber sie komme voran, meint der Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Fritz Verzetnitsch. Gemeint ist die EU-Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte. Mit dem europäischen Arbeitgeberverband UNICE sei eine Einigung über die Einrichtung dieser Arbeitnehmervertretungen auf europäischer Ebene erzielt worden. Die UNICE hätte sich aber von dieser Abmachung aufgrund einer Intervention des britischen Arbeitgeberverbandes wieder distanziert. Der EGB-Präsident dazu: «Dieses Spiel kann man mit uns Gewerkschaftern nicht spielen. Wir haben deshalb Druck gemacht, und am 13. April hat die Europäische Kommission in Brüssel die Verabschiedung einer Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte in Gang gesetzt.» Noch im laufenden Jahr könne es zur Errichtung der Europäischen Betriebsräte kommen, «entweder doch noch im Wege einer Einigung der europäischen Sozialpartner oder über eine Richtlinie.» ■■■
Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst 2743

Deutschland: Mehr junge Ausländer erlernen Beruf

■■■ Immer mehr ausländische Jugendliche erlernen einen Beruf. Nach einer Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Berlin absolvieren inzwischen 30 Prozent der 15–18jährigen eine Ausbildung, doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Damit hinken sie allerdings immer noch weit hinter den Deutschen – Ausbildungsquote: 77 Prozent – her. Ausserdem hat das BIBB deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Ausländern festgestellt: Während von den männlichen Jugendlichen 35 Prozent eine Lehre machen, sind es bei den Mädchen nur 24 Prozent. Getrübt wird das Bild auch durch die Tatsache, dass fast jede(r) vierte Ausländer(in) die Ausbildung abbricht: vor zehn Jahren waren es erst 19 Prozent. Die meisten geben die Lehre auf, um mehr zu verdienen und so die Familie besser unterstützen zu können. ■■■
Quelle: Der Gewerkschafter 3/94

Dänemark: Urlaub statt Arbeitslosigkeit

■■■ Seit dem 1. Januar 1994 versucht Dänemark einen neuen Weg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Beschäftigte sollen ihren Platz bis zu einem Jahr lang für Arbeitslose räumen. In dieser Periode bekommen die Urlauber 80 oder gar 100 Prozent des normalen Arbeitslosengeldes. Gleichzeitig will die sozialliberale Regierung die Arbeitswelt familienfreundlicher machen und die Qualifikation der dänischen Arbeitnehmer verbessern. Den vom Staat bezahlten Urlaub gibt es für die Betreuung von Kindern unter neun Jahren, für Weiterbildung oder einfach für persönliche Freizeit. Während sich Langzeit-Urlauber normalerweise mit ihrem Chef einigen müssen, besteht auf mindestens sechs Monate Elternurlaub ein Rechtsanspruch. Bereits in der ersten Woche beantragten 9000 Dänen einen zwischen mehreren Wochen und einem Jahr langen Urlaub. Nach Umfragen würden sogar 240 000 Dänen gerne ihren Arbeitsplatz mit Rückkehrgarantie räumen. Doch noch ist völlig unklar, wie viele Arbeitgeber dabei mitmachen. ■■■
Quelle: Der Gewerkschafter 3/94